

schaftswissenschaftliche Analyse durchzuführen, wie das Dokument vom 27. Oktober 1989 über die Lage der DDR-Wirtschaft zeigte.

An diesem Dokument ist interessant, daß die DDR-Wirtschaftsführung auf eine Finanzierung zurückgegriffen hatte, die die Nationalsozialisten bei der Kriegsführung benutzt hatten. Als der Schleier der Fiktionen und Illusionen von der DDR-Wirtschaft 1989 zurückgezogen wurde, zeigte sich die ungeheure Dimension des Ruins der DDR-Wirtschaft: sie besaß maximal 20 % der Produktivität der bundesdeutschen. Es gibt einen Forscher an der TU in Dresden, Herr Kollege Blum, der konstatierte, daß die DDR 1990 das Niveau gehabt hat, wie 1943/44. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

**Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.):** Vielen Dank Herr Professor Schneider, bitte Herr Dr. Romberg, Finanzminister der Regierung de Maizière.

**Dr. Walter Romberg:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, vielleicht ein paar Worte zu meiner Person. Ich bin eigentlich Mathematiker und kein Ökonom und habe mich 1990, wenn ich mich politisch beschäftigt habe, mit kirchlichem Hintergrund um politische und militärische Sicherheitspolitik gekümmert. Aus diesem Grunde erwarten Sie von mir bitte keine kompetenten Aussagen über die DDR-Ökonomie. In Absprache mit dem Veranstalter möchte ich etwas vortragen, was sozusagen zwischen dem Programm von jetzt –Zwischenbilanz der Transformation – steht. Ich möchte sozusagen eine Fallgeschichte berichten, die auch zum Problembereich der Wahrnehmung gehört, Wahrnehmung der Fähigkeiten, der Wirtschaftsorganisierung und Wahrnehmung der Fähigkeiten von Wirtschaftspolitik.

Ich möchte einige historische Bemerkungen zu einem Aspekt der Transformation der DDR-Wirtschaft machen, der den heutigen Zustand der ostdeutschen Wirtschaft entscheidend mitbestimmt hat. Der Aspekt, der für mich der Hauptpunkt des politischen Versagens im deutschen Einigungsprozeß ist: Ich meine das Fehlen 1990 (und später) eines angemessenen wirtschaftspolitischen Strukturanpassungskonzepts für die DDR-Wirtschaft, insbesondere für die Industrie, oder, wenn Sie so wollen, das Fehlen einer der Aufgabe angemessenen Wirtschaftspolitik schlechthin.

Dabei betrachte ich den Zeitraum Februar bis September 1990 aus dem Blickwinkel meiner Erfahrungen als Leiter der DDR-Gruppe in der gemeinsamen Experten-Kommission von Bundesrepublik Deutschland und DDR für die Vorbereitung einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft (Februar bis April 1990) und als Mitglied der Regierung de Maizière (April bis August 1990).

Ich unterscheide drei Phasen:

1. Februar bis Anfang April (Regierung Modrow)
2. Mitte April (Beginn der Regierung de Maizière) bis zur Währungsunion (1. Juli 1990)

3. Juli bis September 1990.

Zur ersten Phase:

Nach dem Angebot der Bundesregierung an die Regierung der DDR Anfang Februar 1990 für die Herstellung einer Währungsunion begannen am 20. Februar die Gespräche der gemeinsamen BRD-DDR-Experten-Kommission.

Von der DDR-Seite wurde von Anfang an nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer längeren Strukturanpassungsphase und eines entsprechenden Anpassungsprogramms für die ostdeutsche Wirtschaft hingewiesen. Daß es dabei zu einem solchen Anpassungsprogramm für die DDR-Wirtschaft kommen würde, schien aufgrund der früheren wirtschaftlichen Anpassungsprogramme für Teile Westeuropas – Saarland, Griechenland, Portugal, Spanien – fast selbstverständlich. In einem Papier der DDR-Seite vom 2. März 1990, in dem zunächst darauf verwiesen wird, daß die Arbeitsproduktivität in der DDR um 40-50 % niedriger liegt als in der BRD und etwa 70 % der Unternehmen dort bei einem „Wurf in das kalte Wasser“ ohne Förderung in eine Konkurslage kommen, und daß dies mehrere Jahre mit einer Arbeitslosigkeit in Höhe von 1,5-2 Millionen verbunden wäre, wird festgestellt:

„Wir müssen [...] mit allem Ernst die Frage einer Strukturanpassungsphase für den Übergang zur internationalen Konkurrenzfähigkeit unserer Betriebe und Unternehmen für einen Zeitraum von mindestens 3-4 Jahren stellen. Wir halten das für ein Kernstück der Schaffung einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft“.

Vorgeschlagen wird deshalb die Erarbeitung von Grundsätzen und Modalitäten einer solchen Strukturanpassungsphase in der gemeinsamen Arbeitsgruppe.

Hintergrund für die DDR-Position ist die Expertise des damaligen DDR-Instituts für angewandte Wirtschaftsforschung vom 22. Februar. Sie enthält die grobe „Konzeption zur Strukturanpassung der Wirtschaft der DDR bei der Herstellung der Währungsunion“. Darin wird geschätzt, daß ca. 80 % der Betriebe und Unternehmen der DDR aller Bereiche nicht konkurrenzfähig und deshalb existenzgefährdet sind. In der Expertise wird ein klares allgemeines industriepolitisches Konzept für die Strukturanpassung vorgelegt mit allgemeinen Kriterien dafür, welche Industrie-Zweige zu fördern bzw. nicht zu fördern sind. Dazu gehört auch das Kriterium, ob im jeweiligen Industriezweig die Kapazitäten der analogen Branche in der Bundesrepublik weitgehend ausgelastet sind oder nicht – d. h. das Konzept ist auf einen mit BRD-Interessen abgestimmten Industrieaufbau ausgerichtet. Dabei spielen das Kriterium „Langfristige Lieferverpflichtung in die Sowjetunion“ und das Kriterium „Absatzmöglichkeit in Osteuropa“ eine Rolle. (Diese beiden letzten Kriterien treten zu dieser Zeit auch in westdeutschen Analysen auf.)

Anhand dieser Kriterien benennt das Strukturanpassungskonzept, welche DDR-Wirtschaftsbereiche unter marktwirtschaftlichen Bedingungen Förderbe-

reiche sein sollten (z. B. Petrolchemie, wissenschaftlicher Gerätebau, Nachrichtenelektronik u. a.). In einer Grobschätzung werden die erforderlichen Investitionsaufwendungen 1990 bis 1995 mit 700 bis 720 Mrd. DM angegeben.

Fünf Wochen später, im Abschlußbericht der DDR-Experten der gemeinsamen Experten-Kommission vom 11. April, wird wiederum festgestellt:

„Die für eine Übergangsperiode erforderlichen Strukturanpassungsmaßnahmen müssen ein wichtiger Bestandteil der Vereinbarungen zur Schaffung der Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft [...] sein [...]“ und „Bisher ist es nicht gelungen mit der BRD-Seite diese Fragen zu erörtern“.

Zur zweiten Phase:

Am 12. April 1990 nimmt die Regierung de Maizière ihre Arbeit auf.

Am 13. April wendet sich der westdeutsche „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ scharf gegen eine ostdeutsche Wirtschaftsreform durch Struktur- und Industriepolitik. Der Sachverständigenrat erklärt:

„An der Frage, ob die Anpassung der Unternehmen im wesentlichen dem Markt überlassen bleibt oder politisch gesteuert wird, entscheidet sich, ob die deutsche Integration wirtschaftlich ein Erfolg werden wird“.

Am 19. April erklärt Ministerpräsident de Maizière in seiner Regierungserklärung, daß mehrjährige Schutzregelungen für die ostdeutsche Wirtschaft mit der Bundesregierung vereinbart werden müssen. Kurz zuvor hatte das Institut für angewandte Wirtschaftsforschung in einem weiteren Papier Vorschläge zur Förderung entwicklungsfähiger DDR-Unternehmen gemacht und darin befristete Schutzmaßnahmen für DDR-Unternehmen gefordert, darunter:

- Importkontingentierungen für landwirtschaftliche und ausgewählte industrielle Erzeugnisse zur Unterstützung der Strukturanpassung
- Auftragsvergabe und Beschaffungskäufe durch die öffentliche Hand
- Marktzugangsbeschränkungen z. B. für Transportunternehmen von außerhalb der DDR
- Zulassung von Strukturkrisenkartellen
- Erhebung einer Einfuhrumsatzsteuer für Lieferungen und Leistungen aus der BRD.

Zu diesem Zeitpunkt, also in der zweiten April-Hälfte 1990, besteht der Eindruck: Es fehlt eine klare Vorstellung von einer für den Sektor der DDR-Staatsunternehmen anzusteuernenden Wirtschaftsstruktur, die vom DDR-Wirtschaftsministerium zu entwickeln ist.

Die von der DDR-Seite schon früher in der gemeinsamen Experten-Kommission geforderte Finanzierung für die Anpassung der DDR-Unternehmen an die

Bedingungen der Marktwirtschaft (geschätzt mit 20-30 Mrd. DM) wird von der BRD-Seite abgewiesen, da eine solche Subventionierung nicht zu den gewünschten ökonomischen Ergebnissen führe.

Tatsächlich verzichtet die DDR-Seite in den Schlußverhandlungen zum Staatsvertrag auf die Festlegung von Strukturanpassungsmaßnahmen für die DDR-Wirtschaft, ein verhängnisvoller Fehler. „Eine derart stark auf die Selbstregulierungskräfte der Wirtschaft vertrauende Einschätzung gehört meiner Auffassung nach zu den Irrtümern, die wir heute eingestehen müssen“ – so der damals beteiligte Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Dr. Peter Klemm später im Rückblick auf die Verhandlungen zur Währungsunion und zum Einigungsvertrag.

Noch in der zweiten Mai-Hälfte werden vom DDR-Finanzministerium „Vorschläge für die Anwendung differenzierter Fördermaßnahmen zur Strukturanpassung umgewandelter Unternehmen“ erarbeitet, auch jetzt weiter in der Erwartung, daß es aus Gründen gesamtwirtschaftlicher Vernunft zu einem angemessenen Strukturanpassungskonzept für die DDR-Wirtschaft kommen wird.

Zur dritten Phase:

Diese Erwartung existiert auch noch, als Detlev Rohwedder am 20. August die Präsidentschaft der Treuhandanstalt übernimmt. Er selbst ist überzeugt (im persönlichen Gespräch), daß es angesichts des Umfangs der Aufgabe der Treuhandanstalt und gemäß den Erfahrungen in der alten Bundesrepublik auch nach 10 Jahren in Ostdeutschland noch einen größeren Sektor von Staatsbetrieben geben wird. Bereits wenige Tage später erklärt er auf einer Treuhand-Direktorenversammlung den Verzicht auf die in der Treuhand-Satzung verankerten sektoral bestimmten Treuhand-Aktiengesellschaften, damit den Verzicht auf einen erhofften Ausgangspunkt für sektorale Strukturanpassung der ostdeutschen Industrie. In den Vordergrund treten nun – in einem Konzept der Dezentralisierung der Treuhandanstalt – starke Außenstellen, die „Niederlassungen“, mit nur noch eingeschränkten strukturellen Aufgaben: Erhalten bleiben soll die Mitwirkung der Treuhandanstalt bei „der Konzipierung und Initiierung von lokalen und regionalen Wirtschaftsförderungsprogrammen“ und bei „Industrieansiedlungskonzepten“. So Rohwedder am 13. September 1990 vor der Volkskammer.

Eine im Interesse der Ostdeutschen notwendige gemeinsame Strukturanpassungspolitik der neuen Bundesländer für die ostdeutsche Wirtschaft ist damit blockiert.

Zu diskutieren ist heute die Frage nach den Ursachen für diese Entwicklung. Als Antworten bieten sich an:

1. Politik hat die notwendige Handlungsfähigkeit in der Wirtschaft verloren oder bewußt weggegeben („Wirtschaft macht Wirtschaft“ – Deregulierung als generelles Problem)

2. Fähigkeiten zur Wahrnehmung des jeweils anderen Systems existieren nur eingeschränkt (der ostdeutsche Irrtum: die Erwartung gesamtwirtschaftlicher Vernunft – der westdeutsche Irrtum: die Erwartung der wirtschaftlichen Selbstregulierung)
3. Wahrnehmungs- oder Handlungsfähigkeit sind durch Interessenverflechtung eingeschränkt.

Dankeschön.

**Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.):** Vielen Dank. Das Wort hat Herr Dr. Matthias Artzt, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg.

**Dr. Matthias Artzt:** Meine Damen und Herren, Herr Eppelmann, recht vielen Dank für die Einladung, heute hier vortragen zu können. Meine Wahrnehmungen gehen aus jenseits von den Entscheidungszirkeln der DDR-Wirtschaft, und es ist ja sicher, daß unsere Wahrnehmungen nicht wahr sind, sondern von unseren persönlichen Situationen ausgehen, von den Wünschen und Ängsten, wir haben das ja heute gemerkt.

Nun zu den Wahrnehmungen: Die Opposition war nicht nur gekennzeichnet durch ein Grollen im Bauch, sondern es gab auch konzeptionelle Vorschläge von den verschiedensten Gruppen, die sich nicht erst 1989 konstituierten, sondern teilweise unbekannt untereinander vor der Zeit existierten. Noch vor dem 4. November 1989 legten wir, eine freie Forschungsgemeinschaft, die sich schon seit 1987 regelmäßig traf, ein Analysepapier der DDR-Wirtschaft vor, das an verschiedene Persönlichkeiten und Gruppen verteilt wurde. Zu dieser Gruppe gehörten u. a. Wolfgang Ullmann, Gerd Gebhardt, der Direktor der DDR-Volksbanken, ein Abteilungsleiter eines Unternehmens, ein Kunsthistoriker u. a. Das Konzept trug den wenig werbewirksamen Titel: „Aus der Erstarrung verwalteter Objekte im Subjektmonopolismus zur Selbstorganisation im Subjektpluralismus“. Mit fadenscheinigen Begründungen wurde eine Veröffentlichung in der „Zeitschrift für Philosophie“ erst im Mai 1990 möglich.

Ich möchte auf zehn Charakteristika der DDR-Wirtschaft und Gesellschaft aus diesem Papier eingehen.

#### 1. Das Prinzip der Problemignoranz

Der abrechnungspflichtige Akteur im Wirtschaftsprozeß war oft gleichzeitig Verantwortungsträger für die Erfolgsdurchsetzung. Aufgrund dieser strukturellen Interessenkonflikte eskalierten so in einem nichtkontrollierten Führungssystem Mißerfolge zu Flächenschäden.

Auf diese Weise entstand bei Strafe der Absetzung ein psychologisch vermittelter Zwang zur systematischen Schönfärberei. Die im Detail beginnenden Fehler und Mängel wurden auf der Entscheidungsebene nicht erkannt und konnten auf der Verursacherebene erst nach Eintritt der Katastrophe bewiesen werden.